

Antworten zum Anfragekatalog des Verbandes österreichischer Tierschutzorganisationen

Zu 1.1

Die künftigen Initiativen im Sinne des Tierschutzes werden anlassbezogen natürlich im Einvernehmen mit ihrem Verband getroffen.

Zu 1.2

Unserem Rechtsempfinden nach, ist die Verankerung des Tierschutzes in der österreichischen Verfassung viel wichtiger, als diverse Grundsatzserklärungen von Politikern.

Zu 1.3

Wenn Gesetze und Verordnungen von Verwaltungsbehörden und Gerichte nur mangelhaft umgesetzt werden wie sie behaupten, kann eine politische Partei nur insofern Einfluss nehmen, als sie dies öffentlich kritisiert, eine unmittelbare Einflussnahme auf Gerichte wäre ja sogar strafrechtlich relevant.

Zu 1.4

In wie weit ein staatliches Gütesiegel mit Tierschutzkriterien sinnvoll wäre, ist wohl am ehesten im Rahmen einer parlamentarischen Enquete abzuklären.

Zu 1.5

Entgegen SPÖ und ÖVP wollen wir die direkte Demokratie fördern und somit auch den Tierschutz in die Diskussionen um neue Tierschutznormen einbeziehen.

Zu 1.6

Was das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen betrifft, stehen wir dem positiv gegenüber, wollen uns jedoch auch die Erfahrungen in den 8 deutschen Bundesländern anschauen.

Zu 1.7

Natürlich sollen die Tierschutzombudspersonen ausreichend finanziell ausgestattet sein, um sämtliche ihrer Aufgaben gesetzesgemäß durchführen zu können.

Zu 1.8

Leistungszucht in der Landwirtschaft ist stets kritisch zu betrachten, jedoch muss eine Beendigung der Leistungszucht auf die Einsicht der betroffenen Landwirte stoßen, hier ist also Aufklärungsarbeit von Nöten.

Zu 2.1

Wenn im Gesetz vorgeschrieben ist, dass neue Alternativsysteme für sämtliche Neu- und Umbauten bei der Schweinehaltung vorgeschrieben werden, ist es nicht Aufgabe einer Partei dass dies geschieht, sondern Verpflichtung der zuständigen Behörden.

Zu 2.2

Ja

Zu 2.3

Hier wird man wohl am zweckmäßigsten das Gespräch mit den Schweinemastbetreibern suchen, um die sogenannte weiche Einstreu in der Schweinemast als freiwilligen Standard vorzusehen.

Zu 3.1

Hier wird man wohl zu einer EU weiten Regelung finden müssen, was die Ausstattung der Hallen zur Hühnermast betrifft, um nicht österreichische Hühnermastbetriebe gegenüber deutsche oder holländische zu benachteiligen.

Zu 3.2

Ja

Zu 3.3

Ja

Zu 4.1

Wenn tatsächlich 25.000 Milchkühe österreichweit ununterbrochen an der Kette sind, ist das ein Skandal und gehört gesetzlich abgestellt.

Zu 4.2

Analog zu 1 ja. Genauso Punkt 3

Zu 5.1

Eine der wenigen sinnvollen EU-Richtlinien, die unbedingt in Österreich eingehalten werden muss.

Zu 5.2

Ja, unsere Partei wird sicherstellen, dass alle Vorschriften für Tiertransporte eingehalten werden.

Zu 5.3

Ja. Lebeltiertransporte über derartige Distanzen sollten generell verboten werden.

Zu 6.1

Wenn es durch die Verwendung teurerer Gase wie Helium in den Gaskammern der Schweineschlachthöfe zu einer Verbesserung der Situation der Tiere kommt, ist der Einsatz dieser Gase vorzuziehen.

Zu 6.2

Unsere Partei ist ein strikter Gegner des religiösen Schächtens, das in unserer Kultur keinen Platz hat.

Zu 7.1

Wie sie richtig darlegen, muss bei jedem Tierversuch der Nutzen den Schaden überwiegen. Sollten tatsächlich Tierversuchsprojekte bewilligt werden, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, sind sie einzustellen. Kriterienkataloge die Tierversuche aussondern, deren Nutzen den Schaden nicht überwiegt sind mit Sicherheit zu begrüßen.

Zu 7.2

Die von Ihnen angesprochenen Tierversuchskommissionen, die es in Österreich nicht gibt, sind dann zu begrüßen, wenn die Einrichtung und die Art der Tätigkeit keinen bürokratischer Mehraufwand bedeutet.

Zu 7.3

Man sollte nicht zwischen Kaninchen zur Fleischproduktion und zu Tierversuchen unterschiedliche Regelungen treffen.

Zu 7.4

Auf alle Fälle sind Tierversuche abzulehnen, die im Vergleich zum angestrebten Ziel unverhältnismäßiges Leiden verursachen.

Zu 8.1

Prinzipiell sind wir gegen den Singvogelfang.

Zu 8.2.

Wir sind für die Umsetzung der EU-Vogelschutzrichtlinie.

Zu 9.1

Auf alle Fälle soll mit der Vorschrift sichergestellt werden, dass es zu keiner unkontrollierten Vermehrung von freilaufenden Katzen kommt.

Zu 9.2

Auch um die Streunerhunde in Osteuropa, die mit Sicherheit ein schweres Los haben, gehört sich gekümmert. Jedoch ist zu beachten, dass es auch in Österreich genügend Hunde gibt, die ganz einfach weggegeben werden.

Zu 10.1

Es ist natürlich erstrebenswert, die Umsatzsteuersätze bei vielen Produkten zu reduzieren, unsere Partei sieht jedoch schon einen Unterschied zwischen Milch und pflanzlichen Milchalternativen, da Milch von der überwiegenden Mehrheit der Österreicher konsumiert wird.

Zu 10.2

Vegetarisch bzw. Vegan als Weltanschauung anzuerkennen ist nicht primäre Aufgabe einer Partei, ebenso wenig dafür Sorge zu tragen, dass es eine vegane Option in staatlichen Kantinen gibt.

Zu 10.3

Was die Werbestrategie der AMA-Marketing GmbH betrifft und in wie weit darunter Sojaprodukte fallen, ist primäre Aufgabe der AMA selbst, da sich die Politik und Parteien nicht in alle Bereiche einzumengen hat.

Zu 10.4

Mehr Stunden für das Thema Vegan/Vegetarisch in den Studienrichtungen Medizin und Ernährungswissenschaften ist für uns kein vorrangiges Thema.

Zu 10.5

Nein

Zu 10.6

Hier wird man im Einzelfall die Exportzuschüsse zu überprüfen haben, in wie weit die Vorteile allfällige Nachteile überwiegen.

Zu 10.7

Für unsere Partei gibt es derzeit größere politische Probleme wie Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens etc. als zu erheben wie viele Menschen in Österreich sich vegan oder vegetarisch ernähren.

Zu 10.8

In wieweit die Förderung mit dem Tierschutz in Konnexität steht, ist prima facie nicht ersichtlich, generell gilt jedoch wie in der Wirtschaft, dass Klein- und Mittelbetriebe in Vordergrund stehen sollte.